



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
der 9. November hat für unsere Geschichte eine vielfache Bedeutung. 1918: Ende der Monarchie. 1923: Hitlers gescheiterter Putsch in München. 1938: Die Reichskristallnacht, die den Anfang des Holocaust markierte. Und seit 30 Jahren gehört auch das Jahr 1989 dazu, der Tag an dem die Berliner Mauer fiel.

Zu Recht erinnern wir an diesem Tag an das Ende eines Systems, das mit Gleichschaltung und Unterdrückung versucht hatte, einem Teil des deutschen Volkes Freiheit und Menschenrechte zu verwehren. Daran sollten wir uns an diesem Tag immer erinnern: Aus sich heraus kann sich kein autoritäres System auf Dauer erhalten. Zwar lässt sich der Freiheitsdrang mit drakonischen Strafen in engen Grenzen halten, wie das

Beispiel Nordkorea zeigt. Doch die wirtschaftliche Lage zwingt die autoritären Regime früher oder später dazu, einzulenken oder ganz aufzugeben. Denn wirtschaftliche Erfolge lassen sich nicht diktieren. Sie kommen nur zustande, wenn man den Menschen Freiraum für Innovationen und neue Ideen lässt.

Der 9. November 1989 hat den Menschen in der DDR nicht nur die lang ersehnte Reisefreiheit gebracht, sondern vor allem auch die Freiheit des Geistes. Und den wollen wir uns bewahren. Und dann können wir auch feststellen, dass es nicht die AfD war, die einen Beitrag zur friedlichen Revolution in der DDR geleistet hat.

Die Lebensleistung der Menschen in der DDR hat ihren Wert für sich, unabhängig ob sie von anderen anerkannt wird oder nicht. Bei allen durchaus berechtigten Hinweisen auf die nach wie vor vorhandenen Unterschiede zwischen Ost

und West, sollten wir uns auch über das schon Erreichte in den neuen Bundesländern freuen. Und wir sollten die Ost-West-Debatte dahingehend erweitern, dass wir auch die Nord-Süd-Unterschiede einbeziehen oder bei dem Lamentieren über niedrigere Löhne im Osten auch einbeziehen, dass auch Mieten und Immobilien im Osten niedriger sind.

Denn eigentlich geht es und doch gut – nicht zuletzt materiell. Und wir leben im Frieden – und das seit 74 Jahren. Können wir uns eigentlich noch vorstellen, dass unsere Großeltern in ihrem Leben gleich zwei Kriege durchgemacht haben?

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr

Besuch im Bundestag



Ehrenamtliche Mitarbeiter mit dem Vorsitzenden vom Weissen Ring (Frankfurt Oder), Peter Stumm.

Nr. 40/19. WP
8. November 2019

„Menschen stärken Menschen“ verstetigen

Persönliche Nähe, Wertschätzung und Unterstützung mit Rat und Tat brauchen besonders junge, alleingelassene, gefährdete und neu ankommende Menschen. Patenschaften können eine große Hilfe werden für den weiteren Lebensweg, können vor Gefährdungen schützen und Leben von Menschen zum blühen bringen.

Die Veranstaltung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) am Dienstag (5.11.2019) mit mehreren hundert Koordinatoren und

Netzwerkwerkern diskutierte solche Fragen. Im Podium sprach ich mich ausdrücklich

für eine Verstetigung der öffentlichen Förderung solcher Patenschaften aus.



Foto: © Elke Jung-Wolff

Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht der Unternehmen

Auf Veranlassung der AG Menschenrechte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gab es am Dienstag (5.11.2019) mit den Arbeitsgruppen Wirtschaft und Energie sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine gemeinsame Sitzung, um über die Umsetzung des Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) zu debattieren. Ziel des NAP ist es, den Menschenrechtsschutz in den Liefer- und Wertschöpfungsketten deutscher Unternehmen durch eine möglichst transparente Verfahrensweise sicherzustellen. Unternehmen sollte es möglich sein, mit entsprechenden Managementinstrumenten die Risiken negativer Auswirkungen auf die Menschen, die in der Lieferkette eines Produktes entstehen, zu vermeiden, um so ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht zu erfüllen.

Ein interministerieller Ausschuss (IMA), im Auswärtigen Amt angesiedelt, hat mit einer statistischen Erhebung deutscher Unternehmen mit über 500 Beschäftigten im Jahre 2018 (zunächst mit 7.000 Unternehmen) einen Monitoring-Prozess in Gang gesetzt, der auf der Basis einer repräsentativen Stichprobe diese Unternehmen daraufhin überprüft, ob bestimmte menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in den Unternehmensprozessen bereits integriert sind.

Im Jahre 2020 soll es die entscheidende Befragung geben, die überprüft, ob bis zu diesem Zeitpunkt mindestens die Hälfte aller dieser Unternehmen die wichtigsten Elemente menschenrechtlicher Sorgfalt nachweislich in ihre Unternehmensprozesse integriert hat. Sollte dieses nicht der Fall sein, prüft die Bundesregierung im Jahre 2020, welche

weitergehenden Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen dann erfolgen sollen. Der Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Gerd Müller, machte deutlich, dass wir die nicht zufriedenstellende Umsetzung der Menschenrechte auch in den Lieferketten nicht akzeptieren können, denn immer noch seien 150 Millionen Kinder Opfer ausbeuterischer Kinderarbeit, könnten nicht zur Schule gehen und 25 Millionen Menschen würden in Sklaverei gehalten.

Ich stimme dem ausdrücklich zu, denn auch unsere Unternehmen müssen die Einhaltung menschenrechtlicher Standards sicherstellen. Dazu gehören eine gerechte Entlohnung und dass die Ware, die wir importieren, frei von ausbeuterischer Kinderarbeit und Sklaverei sein sollte.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Bürgerdialog an der Viadrina



von links: Klaus Waiditschka, Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V., Martin Patzelt, Elske Hildebrandt, MdL Brandenburg (SPD), Ewald König (Chefredakteur korrespondenten.tv), Helmut Scholz, MdEP (Die Linke / GUE/NGL), Prof. Dr. Gangolf Hübinger, Europa-Universität

Auf Einladung der Euroregion "Pro Europa Viadrina" nahm ich am Freitag (25.10.2019) an dem Bürgerdialog „Europa kontrovers“ teil. Was sind uns unsere freiheitlich-demokratischen Werte wert? Sind wir Demokraten bereit in Zeiten wachsender Polarisierung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einzustehen und dabei eventuell entstehende Kosten in Kauf zu nehmen? Ja, müssen wir, wenn wir unsere Zukunft nicht verspielen wollen.

Diskussionsabend im Gerhard-Hauptmann-Museum in Erkner



von links:
Pfr. Hansjörg Blattner, Katholische Pfarrgemeinde St. Bonifatius Erkner; Dr. Daniel Rosentreter, Vorsitzender Stadtverband CDU-Erkner; Martin Patzelt; Manfred Nönerberg, Aufbruch jetzt

Genau das brauchen wir. Eine kritische Diskussion über Politik und Religion, organisiert von "Aufbruch jetzt". Was kann christliche Lebenshaltung und Hoffnung zum Erhalt und Entwicklung eines guten Zusammenlebens in der Welt beitragen und was sind unsere Maßstäbe, wenn wir vor einer Entscheidung stehen? Auch Werte wandeln sich. Deshalb brauchen sie eine Wurzel, aus der sie sich nähren. Wenn wir die Wurzeln unserer humanistischen Werte verlieren, können selbst die Werte schnell austrocknen.

Deutsch-Polnische Seniorenakademie

Ganz besonders freute ich mich am Montag, die Deutsch-Polnische Seniorenakademie aus Frankfurt (O.) im Bundestag zu empfangen.

Wir führten ein spannendes Gespräch über die Nachwendezeit und die unterschiedlichen Erfahrungen von hochsubventionierten Deutschen und Polen, die aus eigener Kraft die wirtschaftlichen Folgen der Diktatur überwunden haben.



Foto: Bundesregierung / Atelier Schneider